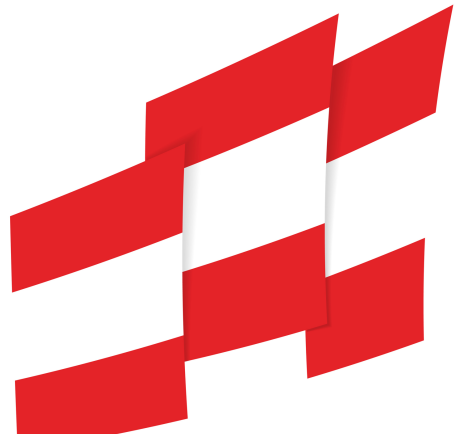


#PlanH

Österreich Handelt!

Das HV-Zukunftspapier 2024



Die Zukunft des Handels

Mit mehr als 700.000 Beschäftigten ist der Handel der größte Arbeitgeber in Österreich und eine wichtige Säule der Volkswirtschaft. Ungeachtet dieser Bedeutung und seiner zentralen Versorgungsfunktion treten wir bei den Rahmenbedingungen seit Jahren auf der Stelle. Österreich ist nach wie vor ein Land der hohen Steuern und Lohnnebenkosten, ein Land mit extremer Regulierungsdichte und zu viel Bürokratie. 92% der heimischen Handelsbetriebe sagen, dass die bürokratische Belastung in den letzten fünf Jahren weiter zugenommen hat. Die Handelsbranche, die in Zeiten des digitalen Wandels in einem beinharten globalen Wettbewerb steht und seit 2020 von multiplen Krisen (Pandemie, Ukraine-Krieg, Personalmangel, Energiekrise, Teuerung) betroffen war, sieht sich mit immer neuen Auflagen und Gesetzen konfrontiert, die ihre Entwicklung behindern. So müssen die Händler ständig mit angezogener Handbremse fahren. Gleichzeitig können QuickCommerce-Plattformen aus Fernost wie Temu hierzulande frei wie ein Vogel agieren. Keine Spur von einem level playing field, dabei sollte die EU eigentlich europäische Händler vor unfairen Praktiken schützen, nicht jene aus Drittstaaten.

2025 entscheidet sich, ob und wie unser Land aus dem permanenten Krisenmodus herausgeführt wird. Die Nationalratswahl im Herbst 2024 ermöglicht es, neue Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu finden. Der Handelsverband konnte durch Bewusstseinsbildung, Interessensvertretung und persönliche Gespräche mit allen relevanten politischen Kräften zahlreiche Erfolge für den Handel und seine Beschäftigten erzielen. Doch vieles bleibt noch zu tun, und das geht nur gemeinsam. Wir appellieren mit unserem Zukunftspapier an die Politik, die Bremsen zu lösen und dem österreichischen Handel freie Fahrt in eine erfolgreiche Zukunft zu ermöglichen. **Gehen wir es an!**



Dr. Stephan Mayer-Heinisch
Präsident



Ing. Mag. Rainer Will
Geschäftsführer

Inhalt



I. BÜROKRATIE

”

Österreich ist ein Land mit überbordender Bürokratie und zu viel Föderalismus. Der heimische Handel muss sich heute in einem globalen Wettbewerb behaupten, daher braucht es eine zukunftsorientierte, praxisnahe Gesetzgebung. Weniger ist mehr!



Stephan Mayer-Heinisch
Präsident, Handelsverband

Retail Restrictiveness Indicator: Handel zu stark reguliert

Der "Retail Restrictiveness Indicator" (RRI) der Europäischen Kommission bestätigt zwei zentrale Kritikpunkte, die der Handelsverband schon seit vielen Jahren thematisiert:

- Der Einzelhandel zählt zu den am stärksten regulierten Sektoren der Europäischen Union.
- Im Ländervergleich liegt Österreich auf dem vorletzten Platz. Nur in Frankreich ist die Überregulierung noch schlimmer ausgeprägt.

Reformstau und Bürokratie belasten Wettbewerbsfähigkeit

Der RRI ist ein zusammengesetzter Indikator, der die wichtigsten Bereiche der regulatorischen Anforderungen an Einzelhändler in der Union abdeckt. Er zielt darauf ab, die Komplexität und Vielfalt der rechtlichen Rahmenbedingungen in der EU zu erfassen. Der Ländervergleich der Kommission zeigt klipp und klar, dass der Einzelhandel in Österreich und Frankreich mit Abstand am stärksten reguliert ist. Der Reformstau, die Abgabenbelastung und der Bürokratiendschungel gefährden unsere Wettbewerbsfähigkeit und mittlerweile auch die Überlebensfähigkeit unserer Branche, es besteht unmittelbarer Handlungsbedarf.

1.003 Insolvenzen im Handel: Branche massiv betroffen

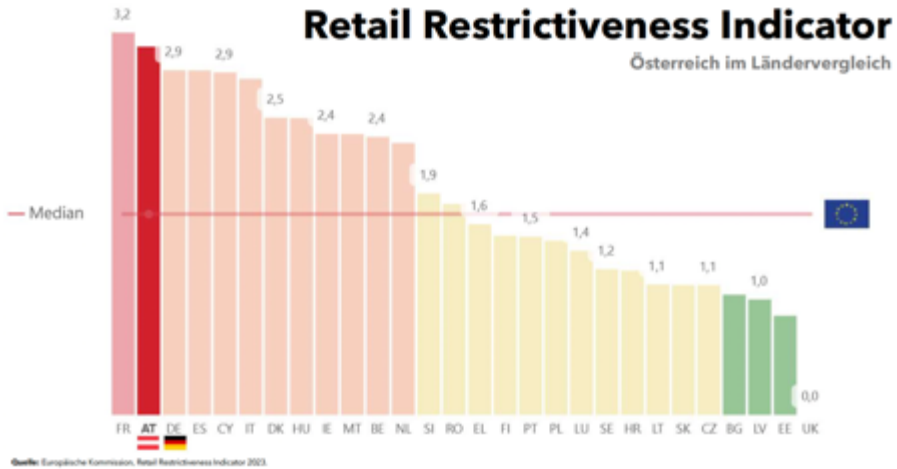
Laut KSV1870 gab es 2023 pro Tag durchschnittlich 15 Pleiten in Österreich, in Summe waren 5.380 Firmen (+13%) von einer Insolvenz betroffen. Viele Händler, kleine Einzelkämpfer aber auch große Traditionshäuser, sind auf ihren Krisenkosten sitzen geblieben. Um Arbeitsplätze, Diversität der Handelslandschaft sowie Stadt- und Ortskerne zu erhalten, braucht es eine Entlastungsoffensive für die Wirtschaft.

Warum eine Bürokratierreform überfällig ist?

- Weil die Überreglementierung ein Hemmnis für mehr Arbeitsplätze ist!
- Weil jedes neue Gesetz neue Bürokratie für die Händler schafft und weniger oft mehr ist!
- Weil der Staat an den Bedürfnissen der Bürger:innen und Unternehmen ausgerichtet sein sollte!
- Weil die Steuergeldverschwendung keine Zukunft haben darf!

„ Gemessen am BIP gehen in Österreich über zwölf Prozent der Wertschöpfung jährlich wegen Bürokratie verloren. „

Bertelsmann-Stiftung



Kosmetische Einzelaktionen sind in Zeiten des digitalen Wandels nicht genug. Es braucht einen strukturierten Prozess, der allen Unternehmen zugutekommt und auch Branchenspezifika berücksichtigt. Unzählige Meldepflichten und Formalvorschriften erschweren den Arbeitsalltag der heimischen Unternehmen und schwächen dadurch auch den Handelsstandort Österreich.

Unternehmen müssen sich hierzulande mit einer Vielzahl – teils nicht nachvollziehbarer – bürokratischer Hindernisse herumschlagen. Wir alle kennen das Beispiel vom Fußboden, der für den Hygieneinspektor zu genoppt und für die Arbeitsinspektorin zu glatt beschaffen ist. Doch es gibt viele weitere Beispiele, die sich zu wahren Fallstricken für den Handel entwickelt haben.

Beispiel: Verpackungsverordnung

Ein Paradebeispiel für vermeidbare Bürokratie ist die Verpackungsverordnung. Unternehmen müssen ihre Verpackungen zunächst einer von 47 Produktgruppen zuordnen und anhand der Größe entscheiden, ob es sich um eine Haushalts- oder Gewerbeverpackung handelt. In Italien muss hingegen bei Importen einzig zwischen Food- und Non-Food unterschieden werden, was für die italienischen Unternehmen mit einem weit geringeren Aufwand verbunden ist.

Beispiel: Raumordnung

Was die österreichische Raumordnung betrifft, sorgen die Landesgrenzen für kaum nachvollziehbare Unterschiede. Im Grenzgebiet von Oberösterreich

und Salzburg etwa bedeutet dies einerseits mögliche Flächenwidmungen von bis zu 1.500 m² Verkaufsfläche für Supermärkte (OÖ) und andererseits – nur wenige Kilometer weiter – eine absolute Grenze von 300 m² Verkaufsfläche (Salzburg), auf der in der Praxis kein Lebensmittelhändler wirtschaften kann. Die aus den neun Raumordnungen resultierende Komplexität sorgt für massiven Mehraufwand.

Warum jetzt eine Föderalismusreform überfällig ist?

- Weil neun unterschiedliche Landesgesetzgebungen für den filialiserten Handel eine riesige Last sind!
- Weil die Flächenwidmungen österreichweit harmonisiert gehören!
- Weil allein die Raumordnung Potenzial für eine zusätzliche Bruttowertschöpfung von 493 Mio. Euro in Österreich bietet!

BÜROKRATIEABBAU: HV-EMPFEHLUNGEN

1. **Entbürokratisierung & Deregulierung** sind essenziell, um ein innovatives Umfeld zu schaffen. **Behörden als One-Stop-Shop** für alle unternehmerischen Belange können helfen, Gründungen zu beschleunigen.

2. Eine **Reform der Gewerbebehörden** würde helfen, unnötig belastende, kostenintensive Vorgaben v.a. für KMU sowie eine uneinheitliche Auslegungen von Vorschriften zu vermeiden.
3. Das Gebührengesetz ist ein Relikt aus den Zeiten Maria Theresias. Die Einhebung einer Gebühr für Rechtsgeschäfte ist völlig unzeitgemäß. Daher sollte eine **Abschaffung der Mietvertragsgebühr** oberste Priorität haben.
4. Überfällig ist auch die Vereinheitlichung der EU-Regularien bei der Herstellerverantwortung **von Verpackungen**.
5. Unsere veraltete Raumordnung kostet Österreich bis zu 6.800 Arbeitsplätze. Aktuell bieten nur wenige Bundesländer die raumordnungsrechtliche Möglichkeit zur Schaffung geeigneter LEH-Standorte. Zur Stärkung insb. von KMU sowie der Nahversorgung braucht es eine effizientere, **zentralisierte Raumordnung**.
6. Der Handel ist ein wirtschaftlicher Riese, in der politischen Wahrnehmung aber ein Zwerg. Daher fordern wir die **Schaffung eines Handelsministeriums** bzw. zumindest die Einsetzung eines eigenen Handels-Staatssekretariats.

II. FREIHEIT

”

Jenen, die den Mut zum Gestalten aufbringen, die zeitgemäß und kundenorientiert denken, unternehmerisch handeln und damit die Systeme des österreichischen Sozialstaats finanzieren, soll auch etwas in der Tasche bleiben.



Ina Bauer

Präsidialrat, Handelsverband
Geschäftsführung, Mediashop

Unternehmerische Freiheit

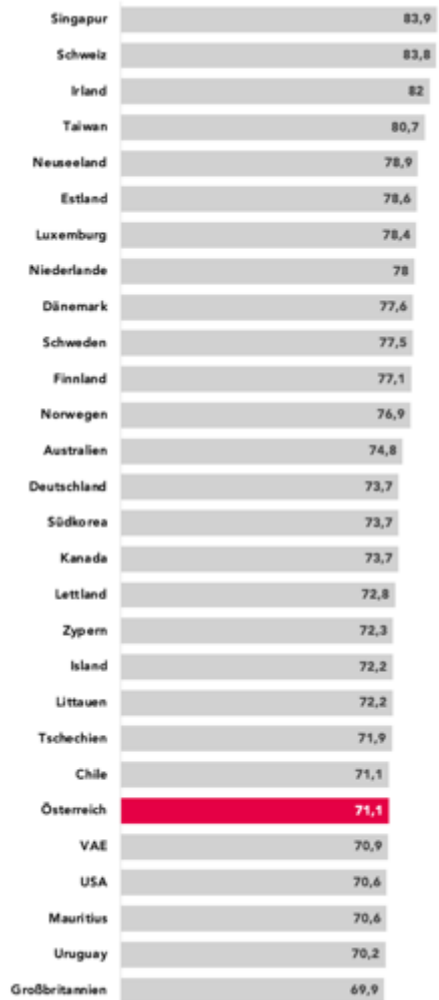
Handlungsspielräume und adäquate Rahmenbedingungen sind essenziell für den wirtschaftlichen Erfolg der heimischen Unternehmen und Grundvoraussetzungen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Laut Heritage Foundation weist Österreich nach wie vor Handlungsbedarf bei bürokratischen Hürden sowie bei der unternehmerischen Freiheit auf.

Der "2023 Index of Economic Freedom" der Heritage Foundation vergleicht anhand ausgewählter Kriterien den Handlungsspielraum für Unternehmen, beurteilt staatliche Regulierung und Reformmaßnahmen und bewertet Rahmenbedingungen. Österreich belegt im Gesamtscore nur Rang 23.

Der heimische Wirtschaftsstandort benötigt zukunftsorientierte wirtschaftspolitische Maßnahmen und Reformen. Anstrengungen der Bundesregierungen in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Entbürokratisierung und Innovation gehen in die richtige Richtung. Eine rasche Umsetzung ist notwendig, um zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu führen. Weitere notwendige Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Unternehmen sollten durch finanzielle Entlastung, insbesondere durch die Senkung der Steuer- und Abgabenquote sowie gezielte Investitionsanreize erfolgen.

Index of Economic Freedom

Singapur führt im Index von 2023 mit einem Score von 83,9 vor der Schweiz, Irland, Taiwan und Neuseeland.



Warum es mehr unternehmerische Freiheit braucht?

- Weil Regulierung das Funktionieren eines Marktes nicht fördert!
- Weil der Einzelhandel auf das geänderte Konsumverhalten der Verbraucher:innen reagieren muss!
- Weil der stationäre Handel gegenüber dem internationalen eCommerce benachteiligt wird!

Österreich, das Land der geschlossenen Läden

Österreich zählt zu den Ländern mit den kürzesten Ladenöffnungszeiten in Europa. Während sowohl in Skandinavien als auch in weiten Teilen Süd- und Osteuropas die Öffnungszeiten freigegeben wurden, findet sich Österreich eher im Betonierer-Block wieder: Es ist eines von acht Ländern, in denen unter der Woche die Öffnungszeiten gesetzlich eingeschränkt werden.

Dabei sind die Erfahrungen mit flexiblen Öffnungszeiten in vielen europäischen Ländern durchaus positiv. In Deutschland wurden beispielsweise 2006/2007 die Öffnungszeiten von Montag bis Samstag in sieben Bundesländern völlig freigegeben. Die Beschäftigung stieg in der Folge um drei bis vier Prozent, die Preise für die Konsument:innen gingen hingegen zurück.

Die Besitzer:innen von Geschäften wissen selbst am besten, ob es sich auszahlt, öfter aufzusperren oder nicht. Geschäftsinhaber sollten auch in Österreich die Möglichkeit haben, sich mit ihren Beschäftigten zu einigen, wann sie aufsperrn wollen und wann nicht.

Warum es eine Liberalisierung der Öffnungszeiten braucht?

- Weil unsere Wochenöffnungszeiten und Zuschlagsregeln im Handel zu starr und kompliziert sind!
- Weil über 60 Regelungen zur Sonntagsöffnung einfach zu viel sind!
- Weil der digitale Wandel und die Corona-Pandemie völlig neue Arbeitswelten geschaffen haben!
- Weil junge Beschäftigte Work-Life-Balance und Flexibilität wollen!

Ladenöffnungszeiten in Europa

– gesetzlich erlaubte Öffnungszeiten



Quellen: EuroCommerce (Stand 03.2020), Polen, Spanien: ECC (Stand 02.2020), Malta: Chamber of Commerce (Stand 03.2020).

Überblick: die Geschäftszeiten in Österreich

Hierzulande sind die Ladenöffnungszeiten streng reguliert: Die Gesamtöffnungszeiten liegen bei maximal 72 Stunden pro Woche. Montag bis Freitag darf der Handel von 5:00 bis 21:00 Uhr öffnen, am Samstag ist eine Geschäftszeit bis 18:00 Uhr erlaubt.

Die tatsächlichen Öffnungszeiten der Geschäfte sind jedoch unterschiedlich, meist von 09:00 bis 18:00 Uhr (bzw. im Lebensmittelhandel ab 08:00 Uhr), samstags bis 13:00 bzw. 17:00 Uhr.

Sonderregelungen für österreichische Tourismuszonen

Sonderregelungen gelten u.a. für Tourismusorte, Geschäfte in Bahnhöfen und auf Flugplätzen oder für Publikumsmessen.

LIBERALISIERUNG: HV-EMPFEHLUNGEN

7. In vielen Gemeinden existieren sog. **Andienungspflichten**, welche die Entsorgung verteuern. Dieser Zwang bzw. diese nicht gerechtfertigte Wettbewerbsbeschränkung sollte rasch beseitigt werden.

8. Der **Großhandel** wird von den Sozialpartnern oftmals vergessen, er ist etwa von der **Sonderregelung zum 8. Dezember** ausgenommen und darf seine Geschäfte nicht aufmachen. Er ist auch beim **31. Dezember** benachteiligt und darf seine Mitarbeiter:innen nur bis 13:00 Uhr beschäftigen. Wir fordern eine **Angleichung an den Einzelhandel**.
9. Der **Einzelhandel** wiederum steht unter großem Druck und dieser wird sich auch in absehbarer Zukunft nicht reduzieren. Die Kundenfrequenzen gehen vielerorts zurück. In dieser disruptiven Phase muss umgehend und mit einem großen Maß an Flexibilität reagiert werden.
10. Eine **Entrümpelung der Sonntagsöffnungsregelungen** ist ebenfalls dringend erforderlich. 60 Ausnahmeregelungen sind zu viel, der Bürokratie-Dschungel hemmt unsere Wirtschafts- und Innovationskraft – allen voran in Wien.
11. Sinnvoll wäre auch eine **Attraktivierung der Selbstständigkeit** etwa im **Direktvertrieb**. Wir fordern, dass selbständige Tätigkeiten, für die zurzeit eine freie Gewerbeberechtigung verlangt wird, davon befreit werden, solange sie die Versicherungsgrenze der SVS nicht überschreiten.

III. KLIMASCHUTZ

”

Österreich ist ein Vorzeigeland im Umweltschutz und Bio-Weltmeister. Mit vielen freiwilligen Vereinbarungen und Initiativen beweist der Handel, dass es nicht für jede wirksame Umweltschutzmaßnahme ein eigenes Gesetz braucht, sondern die richtigen Anreize.



Karin Saey

Vizepräsidentin, Handelsverband
Head of Retail, Dorotheum

Der Einzelhandel übernimmt Verantwortung

Der Handel nimmt seine Verantwortung gegenüber Mensch, Umwelt und Gesellschaft wahr. Als Vertreter von Produkten an der Schnittstelle zum Endverbraucher hat er die Herausforderung längst angenommen und engagiert sich für Nachhaltigkeit, sei es in der Produktion, im Standortmanagement oder in der Logistik. Der Einzelhandel ist auch einer der Hauptträger des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

EU-Lieferkettenrichtlinie

Der Handel unterstützt die grundsätzliche Intention des EU-Lieferkettengesetzes (CSDDD), globale Standards beim Schutz von Menschenrechten und Umwelt zu schaffen. Die Verantwortung dafür darf jedoch nicht allein den heimischen Unternehmen übertragen werden. Gut gemeint ist in diesem Fall aber schlecht gemacht: Die Lieferkettenrichtlinie überfordert insb. den Mittelstand und könnte zu einem Rückzug europäischer Firmen aus vielen Ländern führen. Unternehmen können nicht fast alle Stufen ihrer Lieferketten global auf Verstöße gegen Menschenrechte, Umwelt- oder Sozialstandards kontrollieren. Die Kosten allein zur Befolgung der Vorgabe würden nicht selten Millionensummen erreichen. Es ist auch schlicht praxisfremd zu verlangen,

dass Unternehmen aus den EU-Mitgliedstaaten für alle Pflichtverletzungen haften sollen, die in ihren Lieferketten geschehen – und dies weltweit.

Herstellerverantwortung

Wir setzen uns u.a. für eine unionsweite Harmonisierung der Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung ein. Die unterschiedliche Ausgestaltung führt bei Händlern, v.a. wenn sie grenzüberschreitend tätig sind, zu Rechtsunsicherheit und beeinträchtigt zusätzlich die Einhaltung der Vorschriften.

EU-Entwaldungsverordnung

Das Ziel der EUDR (EU-Entwaldungsverordnung) ist wichtig und richtig und wird von uns unterstützt. Einzelne Anforderungen in der VO sind jedoch nach dem derzeitigen Gesetzestext entweder praktisch nicht umsetzbar oder führen zu unverhältnismäßigen bürokratischen Belastungen für Unternehmen. Zudem fehlen weiterhin wesentliche Instrumente zur Umsetzung der EUDR, die von der EU-Kommission bereitzustellen sind (insb. zum Länder-Risiko-Benchmarking und zum Informationssystem). Wir plädieren daher für eine Verschiebung des Anwendungszeitpunktes der VO sowie für eine gesetzliche Anpassung einzelner Bestimmungen der EUDR auf EU-Ebene, um die Anforderungen der VO praxis- und

unternehmenstauglich auszugestalten. Von den österreichischen Behörden fordern wir bis zur Revision der VO auf EU-Ebene eine pragmatische, realitätsnahe Auslegung der EUDR.

EU-Abfallrahmen-RL

Die nationale Umsetzung der EU-Abfallrahmen-Richtlinie soll Food Waste dort bekämpfen, wo er entsteht, nämlich primär in Haushalten und in der Gastronomie. Eine proportionale Verteilung der in der RL vorgesehenen Reduktionsziele bis 2030 auf die Sektoren gemäß ihrem tatsächlichen Anteil an den Abfällen und den in der Vergangenheit bereits ergriffenen Maßnahmen ist sinnvoll. Der LEH hat im Kampf gegen Food Waste bereits viele Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Daher ist das Potenzial im LEH geringer als in Sektoren, in denen bisher keine Maßnahmen getroffen wurden (z.B. Außer-Haus-Konsum). Parallel dazu braucht es eine Beseitigung bestehender Hindernisse in der Weitergabe/Weiterverwendung von Lebensmitteln im LEH.

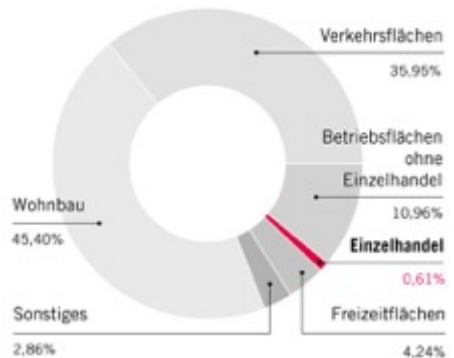
EU-Green-Claims-RL

Die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel ("Greenwashing-RL") und der "EU-Green-Claims-RL" sieht das Verbot von unlauteren Greenwashing-Praktiken vor.

Dies ist richtig, intransparente Claims dürfen zu keinem Wettbewerbsvorteil führen. Anforderungen an Claims und deren wissenschaftliche Substantiierung dürfen jedoch nicht so unverhältnismäßig und kostenintensiv sein, dass nachhaltige Unternehmen angesichts drohender Strafen in Millionenhöhe davor zurückschrecken, überhaupt noch Umweltaussagen zu tätigen. Wenn Verbesserungen nicht mehr kommuniziert werden können, verlieren Unternehmen einen wichtigen Anreiz, in Nachhaltigkeit zu investieren.

Bodenversiegelung

Der Handel hat die wichtige Rolle eines gesunden Bodens als wertvolle Ressource erkannt. Daher wird die Reduktion der Bodenversiegelung und des Flächenverbrauchs großgeschrieben. In puncto Flächeninanspruchnahme steht der gesamte Handel für nur 0,61%. Haupttreiber der Verbauung sind der Wohnbau, Verkehrsflächen und handelsfremde Betriebsflächen.



Warum Österreich jetzt mehr Klimaschutz braucht?

- Weil Umweltschutz kein Lippenbekenntnis bleiben darf!
- Weil jene, die Umweltschäden verursachen, auch dafür zahlen sollen.
- Weil Lebensmittel zu kostbar sind, um weggeworfen zu werden!
- Weil der Klimawandel die größte Herausforderung unserer Zeit ist!
- Weil Freihandel und Klimaschutz Hand in Hand gehen müssen!
- Weil 50 Mio. Tonnen Plastikmüll unsere Weltmeere verschmutzen!

MEHR KLIMASCHUTZ: HV-EMPFEHLUNGEN

12. Der Russland-Ukraine-Krieg hat gezeigt, dass wir unsere **Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduzieren** müssen. Wir fordern ein **Energie-Monitoring**, um etwaigen Engpässen etwa bei LKW-Diesel vorbeugen zu können.
13. Wir fordern eine praxis- und unternehmensnahe nationale Umsetzung der **EU-Green-Deal Regulatorik** (u.a. CSDDD, EUDR, PPWR, Green-Claims-RL, Abfallrahmen-RL, EPBD) und eine enge Stakeholdereinbindung im Gesetzgebungsprozess.

14. **Lebensmittelverschwendung** soll dort bekämpft werden, wo sie tatsächlich passiert – in den privaten Haushalten. Hierfür braucht es Anreize und Sensibilisierungsmaßnahmen beim Endverbraucher.
15. Überdies braucht es eine **rechtliche Vereinfachung der Lebensmittelweitergabe** (an soziale Einrichtungen und Tafeln) und der Logistik sowie eine Verbesserung des Fünf-Stufen-Prinzips.
16. Seriöse Klimapolitik setzt auf **höhere Tierwohlstandards** und lokale Produktion. Daher ist die Einführung der **Haltungskennzeichnung bei Fleisch und Milch** überfällig.
17. Angesichts der Klimakrise ist es falsch, **Freihandelsabkommen** wie EU-Mercosur abzuschließen, die die Abholzung des Regenwaldes aktiv fördern. Vielmehr müssen wir sicherstellen, dass hohe Standards beim Umweltschutz und beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für alle Marktteilnehmer fixiert werden.
18. Eine Mehrheit der Händler setzt sich **gegen die Deregulierung der Neuen Gentechnik** ein. Neue Verfahren (z.B. Genschere) sollten auch in Zukunft deklariert werden.
19. Wir fordern eine **Angleichung der Besteuerung pflanzlicher Milchalternativen** mit Kuhmilch auf einheitlich 10% Mehrwertsteuer.

IV. FAIRNESS

”

Wir wollen einen fairen Welthandel, in dem sich Österreich als offene Volkswirtschaft positionieren kann, um gemeinsam Wohlstand zu schaffen. Dafür braucht es aber eine faire Besteuerung aller Marktteilnehmer und einen effektiven Vollzug.



Harald Gutschi

Vizepräsident, Handelsverband
Geschäftsführer, OTTO Austria

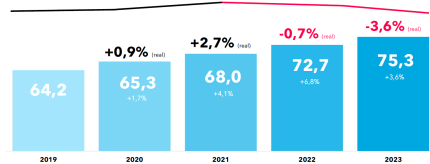
Handel 2023: Umsatzminus von 5,5 Prozent

Im Gesamtjahr 2023 konnten die heimischen Einzelhändler laut WIFO einen Umsatz von 75,3 Mrd. Euro erwirtschaften. Eine nominelle Steigerung von +3,6% gegenüber dem Vorjahr. Bereinigt man die Daten allerdings um Preissteigerungen, musste der Einzelhandel real ein Umsatzminus von -3,6% verkräften – und dies im Vergleich zum ebenfalls holprigen Jahr 2022.

Die nominellen Zuwächse 2023 wurden komplett von der Teuerung aufgezehrt, inflationsbereinigt bleiben die Umsätze sogar noch hinter dem Vorkrisenniveau 2019. Für den gesamten Handel (Einzelhandel, Großhandel, KfZ-Handel) weist das WIFO 2023 sogar ein reales Minus von -5,5% aus.

Umsatzentwicklung im Einzelhandel

Nominelle Zahlen in Milliarden Euro (exkl. Kfz-Handel)



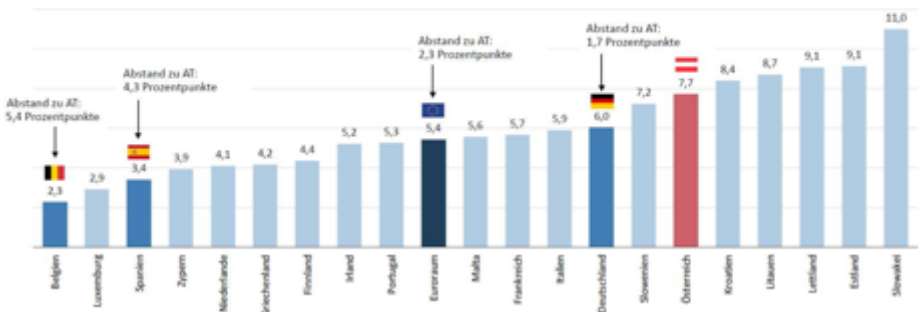
Quelle: WIFO 2023, basierend auf Zahlen der Statistik Austria.

Historisch hohe Inflation als entscheidender Faktor

Ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Misere ist die hohe Inflation. 2023 lag die Inflationsrate in Österreich bei 7,7%, im Euroraum waren es 5,4%. Im 1. Halbjahr 2024 konnte die Inflation zumindest eingebremst werden, im 2. Halbjahr hoffen wir auf eine Normalisierung bei rund 2% (EZB-Zielwert).

Inflation 2023

Österreich liegt deutlich über dem Schnitt des Euroraums



Quelle: Statistik Austria 2024, HVP-Gesamindex, Veränderungsrate zum Vorjahr in Prozent.

Gas, Fernwärme, Reisen und Gastronomie als Treiber

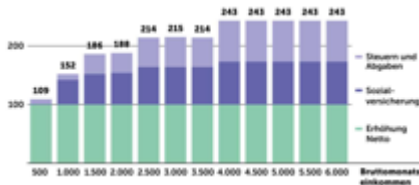
Spannend ist, dass Österreich bei der Inflationsrate im Bereich Lebensmittel sowohl 2022 als auch 2023 unterhalb des EU-Durchschnitts sowie des Schnitts der Eurozone lag. Im Gegensatz zu Fernwärme (+57%) und Gas (+59%) sowie Gastronomie (+12%) und Reisen (+10%) hat der Lebensmittelhandel die Inflation nicht befeuert.

Arbeitsintensive Branche Handel entlasten

Österreich weist im internationalen Vergleich hohe Steuern und v.a. eine hohe Abgabenlast auf Arbeit auf. Im EU-Schnitt liegt die Gesamtabgabenquote bei 36,4%, in Österreich bei 42,5%. Steuern und Abgaben auf Arbeit liegen im EU-Schnitt bei 47,3%, in Österreich bei 55,6%. Laut WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit verliert Österreich damit an Boden.

Belastung des Faktors Arbeit

Wieviel eine Nettolohnhöhung von 100 Euro wirklich kostet



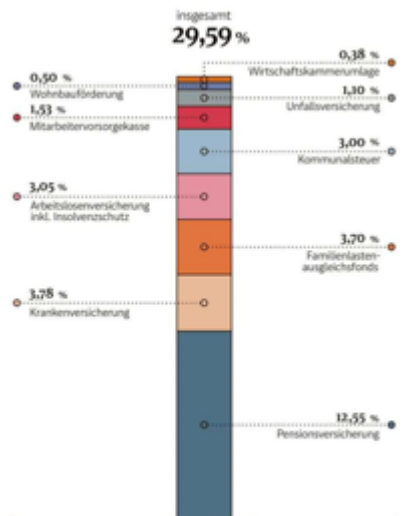
Quelle: Agenda Austria, 2024.

Nicht schlüssig erklärbare LNK-Anteile

Mit den letzten zwei KV-Erhörungen stiegen die Lohnkosten für den Handel um +16%. Damit Beschäftigung leistbar bleibt, hat eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten erste Priorität.

Lohnnebenkosten

Berechnungssätze in Prozent des Bruttoverdienstes



Quelle: WIFO & Der Standard, 2024.

Es gibt historisch gewachsene, aber nicht schlüssig erklärbare Lohnnebenkosten-Anteile, die wir hinterfragen:

- Warum wird unselbstständige Arbeit mit **0,5% Wohnbauförderungs-Beitrag** belastet?

- Warum finanzieren sich Gemeinden vorwiegend über die **Kommunalsteuer (3%)**, die ebenfalls einseitig unselbstständige Arbeit belastet?
- Gleiches gilt für den FLAF: Wieso werden **3,7%** Dienstgeberbeiträge zum **Familienlastenausgleichsfond** auf die Lohnsumme aufgeschlagen? Auch Beamte, Selbständige und Landwirte haben Kinder, die gratis Schulbusleistungen nutzen.

Warum Steuerfairness?

- Weil Spielregeln für alle gelten sollten – egal ob groß oder klein!
- Weil Freihandel nicht auf Kosten von Klimaschutz erfolgen sollte!
- Weil sich die starke Besteuerung des Faktors Arbeit negativ auf die Beschäftigung auswirkt!
- Weil die Inflation die Kaufkraft der Österreicher nach unten drückt!

MEHR FAIRNESS: HV-EMPFEHLUNGEN

20. Der Zoll hat 2022 Fake-Produkte im Wert von 6,7 Mio. Euro beschlagnahmt. Wir fordern einen **europäischen eCommerce-Aktionsplan**, **mehr Zollbeamte**, die Verhinderung von **Zollumgehungen** durch

Webshops aus Fernost (zB Shein, Temu) und ein strenges Vorgehen gegen Produktpiraterie.

21. Wir fordern die **Abschaffung der Zollfreigrenze von 150 Euro** auf EU-Ebene bis spätestens 2026.
22. Bei **Freihandelsabkommen** wie **Mercosur** braucht es transparente Verhandlungen, damit eine öffentliche Diskussion stattfinden kann. Darüber hinaus muss für jeden Abbau von Handelshemmnissen ein **Fairness-Gebot** gelten, d.h. die hohen österreichischen Qualitätsstandards müssen erhalten bleiben.
23. Die Eigenkapitalausstattung österreichischer Händler ist gering. Die Benachteiligung von Eigenkapital könnte durch die **steuerliche Abzugsfähigkeit von Eigenkapitalzinsen** reduziert werden.
24. Wir fordern eine **Senkung der Lohnnebenkosten** (stufenweise) im Umfang von mind. 0,5 Prozentpunkten pro Jahr bis 2030.
25. Die **Halbierung der KÖSt** auf nicht entnommene Gewinne brächte Investitionsanreize, da nur reinvestierte Gewinne begünstigt werden.
26. Wir fordern eine **Deckelung der Interchange Fee bei Geschäftskreditkarten** auf 0,2 bzw. 0,3 Prozent analog zu den Consumer Cards.

V. ARBEITSMARKT

”

Österreich beherbergt in Relation zur Bevölkerung überproportional viele Weltmarktführer und innovative Händler. Damit das so bleibt, brauchen wir eine substanzielle Arbeitsmarktreform. Jene, die ihre Arbeitsstunden erhöhen, sollten dafür belohnt und nicht bestraft werden. Leistung muss sich lohnen.



Rainer Will

Geschäftsführer, Handelsverband

10.000 offene Stellen im österreichischen Handel

Die Pandemie und die Bürden, welche auf die Angestellten übertragen wurden, haben in den letzten vier Jahren zu einem gravierenden Personalmangel geführt. Bundesweit gibt es derzeit rund 10.000 offene Stellen (im gesamten Handel), die nicht zeitnah besetzt werden können. Vor allem der Einzelhandel ist davon betroffen.

Zwar wurde die Kalte Progression abgeschafft, Arbeit wird in Österreich aber immer noch so stark besteuert wie in kaum einem anderen europäischen Land. Bekommen Arbeitnehmer mit einem Bruttomonatsgehalt von 3.000 Euro um 100 Euro mehr netto, kostet das den Betrieb in Summe 215 Euro. 100 Euro landen beim Arbeitnehmer, 115 Euro beansprucht der Staat über Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge für sich.

Vollzeitarbeit attraktivieren

Das Steuersystem ist nach der Abschaffung der kalten Progression bereit für eine richtige Steuerreform. Die Abgaben auf Arbeit müssen sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer deutlich reduziert werden. Es sollten besonders mittlere Einkommen entlastet werden, um Vollzeitarbeit wieder attraktiver zu machen.

Macht es Sinn, mehr zu arbeiten?

Nettoeinkommenszuwachs durch Ausweitung der Arbeitszeit aus der Teilzeit (in Prozent)



Quelle: Agenda Austria, 2023.

Abgesehen von Belgien und Spanien ist es in keinem europäischen Land finanziell unattraktiver, seine Arbeitszeit auszuweiten als in Österreich, wie ein Vergleich der Agenda Austria zeigt. Wenn eine Teilzeitkraft die Wochenarbeitszeit um 50% ausweitet, steigt der Nettolohn in Österreich nur um 32,4%. In Schweden sind es hingegen bei gleicher Ausweitung 43,8%. Daher gilt es den Faktor Arbeit zu entlasten, das ist das beste Investment in die Zukunft.

Der Handel ist weiblich. 71% der Angestellten sind weiblich. Gleichzeitig liegt die Teilzeitquote im österreichischen Einzelhandel bei 49,3%. Das liegt übrigens nicht daran, dass im Handel zu wenige Vollzeit-Jobs angeboten werden. Im Gegenteil, fast alle Teilzeitkräfte wollen bzw. können nicht Vollzeit arbeiten.

Flächendeckende und leistbare Kinderbetreuungsplätze

Für die Steigerung der Vollzeitquote ist essenziell, dass Frauen, die noch immer den überwiegenden Teil der Kinder- bzw. Altersbetreuung übernehmen, größtmögliche Entscheidungsfreiheit haben. Umso wichtiger wären leistbare Kinderbetreuungsplätze – und zwar flächendeckend in ganz Österreich.

79% des Personals im Handel stuft Job als attraktiv ein

Der Handel ist nicht nur größter Arbeitgeber des Landes, sondern auch eine extrem dynamische Branche. Durch die starke Verschränkung von online und offline entstehen spannende neue Aufgaben und Jobs. Im Vergleich mit anderen Branchen zeichnen wir uns durch schnellere Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten aus, insbesondere auch für Frauen. Der Handel bietet viele flexible, variable Arbeitszeitmodelle an, um die Lebensrealitäten der Beschäftigten bestmöglich abzubilden.

Das alles macht sich bezahlt! Der Handel ist ein attraktiver Arbeitgeber – das belegt eine aktuelle Studie der Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU):

- 79% der Einzelhandelsbeschäftigten stufen ihren Job im Handel als attraktiv ein.

- 81% der Beschäftigten schätzen ihren Arbeitgeber als attraktiv ein.
- 70% würden ihren Arbeitgeber weiterempfehlen.

Diese Ergebnisse belegen ein positives Bild der Arbeitsbedingungen im Handel, obwohl das in den Medien leider oft falsch dargestellt wird. Nicht ohne Grund sind mehr als die Hälfte aller Handelsmitarbeitenden fünf Jahre und länger im selben Unternehmen tätig, 31% sogar länger als zehn Jahre. Allerdings haben immer mehr Menschen, die im Handel oder auch in anderen Branchen in Vollzeit arbeiten, das Gefühl, für ihre Arbeit nicht belohnt, sondern eher bestraft zu werden.

Daher setzt sich der Handelsverband weiterhin vehement für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen bzgl. der (abgesagten) Arbeitsmarktreform ein. Der dringende Umsetzungsbedarf der Reform zeigt sich in fast jedem Betrieb. Es gilt, eine "Generation geringfügig" zu vermeiden und dem Arbeitskräftemangel aktiv entgegenwirken. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen und Anreize, um arbeitslose Menschen nachhaltig ins Erwerbsleben zu integrieren. Arbeit muss sich endlich wieder lohnen. Zudem muss Vollzeitarbeit belohnt werden, denn diese Personen tragen am meisten zum Sozialsystem bei.

Selbstverständlich sind Betreuungssituationen, die eine Vollzeittätigkeit verhindern, mitzuberücksichtigen. Hinzu kommt: Oftmals kündigen Beschäftigte nach kurzer Zeit der Anstellung wieder, melden sich arbeitslos und verdienen geringfügig dazu, um damit ein ähnlich hohes Nettoeinkommen zu erzielen. Der wirtschaftliche Aufschwung kann nur mit einem gesunden Arbeitsmarkt gelingen. Sinnvoll wären daher wirksamere Kontrollen und Sanktionen bei einem eventuellen Leistungsmissbrauch in Zusammenhang mit vielfachen Kurzanstellungen, die in Wahrheit nur dem Erhalt des Arbeitslosengeldes dienen.

Warum eine Arbeitsmarktreform überfällig ist?

- Weil sich Leistung und Eigeninitiative wieder lohnen sollen!
- Weil der Handel v.a. im ländlichen Raum eine starke Bedeutung als Jobmotor und Nahversorger hat!
- Weil vorhandene Potenziale am Arbeitsmarkt genutzt werden müssen.

ARBEITSMARKTREFORM: HV-EMPFEHLUNGEN

27. Es braucht bessere **Anreize**, um **arbeitslose Menschen** ins Erwerbsleben zu integrieren. Wir empfehlen

eine **Reform des Arbeitslosengeldes** mit stärkeren Beschäftigungsanreizen, dem Abbau von Inaktivitätsfallen und einer Erhöhung der Mobilität.

28. **Vollzeitarbeit muss attraktiviert** und die Erhöhung des Stundenausmaßes in Teilzeit darf nicht länger durch übergebührlige Zunahme an Abgaben "bestraft" werden. Es muss sich proportional auszahlen, Stunden zu erhöhen.
29. Die **Lohnsteuer** muss deutlich sinken! Sinnvoll wäre eine **Absenkung des Eingangssteuersatzes** von 20 auf 15 Prozent.
30. Vereinfachung und Abbau von Bürokratie bei der **Rot-Weiß-Rot-Card** (u.a. digitale Antragstellung).
31. Eine weitere **Attraktivierung des Zuverdienstes von Pensionisten** ist essenziell. Erste Maßnahmen wurden mit 1.1.2024 umgesetzt.
32. Verbesserte Rahmenbedingungen für **Pflegebetreuung** sowie ein **Rechtsanspruch auf leistbare** Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr sind überfällig – flächendeckend in ganz Österreich. Es braucht ein **Betreuungsangebot bis zum Ende des Pflichtschulalters** (ganztäglich, ganzjährig, leistbar und flächendeckend). Nur so kann Wahlfreiheit für Eltern hinsichtlich der Betreuung geschaffen werden.

VI. INNOVATION

”

In einer hochtechnologisierten, digitalisierten Welt sind schlaue Köpfe und geniale Ideen die wichtigste Währung. Wir brauchen mehr Exzellenz und ein durchlässiges Schulsystem, um mutige, neugierige, kreative junge Menschen hervorzubringen – unabhängig von deren Herkunft und sozialem Status.



Andrea Heumann

Vizepräsidentin, Handelsverband
Geschäftsführerin, Thalia Österreich

Digitalisierung als Chance

Die Digitalisierung bringt uns eine Zeit radikaler Umbrüche, die riesige Potenziale birgt, aber von uns allen ein Umdenken erfordert. Bei der Übertragung des neuen Denkens in die betriebliche Praxis unterstützt der Handelsverband seine Mitglieder seit vielen Jahren.

Omnichannel – die Verschmelzung aller Vertriebskanäle und die Koexistenz von digitalem Handel (Plattformen) und stationärem Handel (physische Geschäfte) – ist in aller Munde. Stationäre Händler können sich digitaler Technologien bedienen und parallel im eCommerce reüssieren, wobei Smartphones ein wichtiger Umsatztreiber sind.

Die Digitalisierung bietet dem Handel auch die Chance, seine Kund:innen aufgrund ihres Kaufverhaltens besser kennenzulernen und mit individuell relevanten Angeboten auf ihren bevorzugten Kanälen anzusprechen. Dazu kommen die vielfältigen Möglichkeiten im Kundenservice sowie automatische Preis-Updates bzw. Dynamic Pricing. Immerhin liegt der Onlineanteil an den gesamten Retail-Umsätzen in Österreich bereits bei rund 15 Prozent.

Die Märkte werden noch transparenter und globaler, die räumliche Nähe geht als Wettbewerbsvorteil hingegen verloren. Mehr als die Hälfte aller Online-Umsätze in Österreich fließen ins Ausland ab. Wenige große Handels-

plattformen wie Amazon oder Alibaba dominieren das Geschäft – sie können aber von heimischen KMU-Händlern auch aktiv als (zusätzliche) Vertriebs-schiene genutzt werden. Der HV setzt sich vehement dafür ein, dass die Geschäftsbedingungen dieser Plattform fair ausgestaltet sind.

Künstliche Intelligenz hält Einzug im Handel

Künstliche Intelligenz (KI) ist die dritte Welle der technologischen Revolution, nach dem Internet und dem Shift zu mobilen Endgeräten. Mehr als die Hälfte aller Händler, die Online-Shops betreiben, lassen sich laut dem jüngsten HV Omnichannel Readiness Index (ORI) bei der Erstellung von Texten durch KI unterstützen, etwa Produktbeschreibungen oder Blogartikel, weitere 29% planen dies. Kaum eine andere Technologie wurde so schnell ausgerollt. KI, insbesondere ChatGPT, wird im heimischen eCommerce am häufigsten für die Text- und Grafikerstellung im Onlineshop eingesetzt.

Zudem wird bei der digitalen Kundenberatung immer mehr auf die Hilfe von Chatbots zurückgegriffen. 15% der Onlinehändler sind überzeugt, dass sich durch Künstliche Intelligenz die Personalisierung im Onlineshop weiter verbessern wird. Dies betrifft sowohl die Personalisierung von Inhalten als auch von Angeboten und Bestellprozessen.

Auch im Onlinemarketing unterstützt die KI bei Steuerung, Analyse und Optimierung von Werbekampagnen. Hier eröffnen sich wertvolle Chancen. Auch wenn die Künstliche Intelligenz den bestehenden Personalmangel nicht vollständig ausgleicht, können die sich rasant verbreitenden KI-Tools hochwertige Unterstützung bieten.

Bildung & Lehre als entscheidende Bausteine

Damit Österreich im weltweiten Innovationswettbewerb mithalten kann, brauchen wir ein exzellentes Schulsystem und nachhaltige, interdisziplinäre Grundlagen- und Anwendungsfor-schung in disruptiven Technologiebe-reichen. Entscheidend ist, die duale Ausbildung zur trialen Ausbildung weiterzuentwickeln, indem der praktische sowie der theoretische Ausbildungsteil der Lehre um digitale Kompetenzen er-weitert wird. Darüber hinaus muss die Lehre noch stärker als Fachkräfteausbildung für alle Altersgruppen (auch im zweiten/dritten Bildungsweg) positioniert werden.

Der Handel gehört mit 15.300 Lehrlingen zu den größten Lehrlingsausbildern in Österreich. Alle Lehrpläne wurden zuletzt grundlegend überarbei-tet. Die vom Handelsverband initiierte und 2018 umgesetzte **eCommerce-Lehre** hat sich sogar zum beliebtesten aller neuen Lehrberufe des Landes entwickelt. Die eCommerce-Lehre ist also

innerhalb kürzester Zeit voll eingeschla-gen und eine echte österreichische Er-folgsgeschichte

Ein durchlässiges Schulsystem für Alle

Angewandtes "blended learning" ist eine gute Basis, künftig müssen aber auch die richtigen Lerninhalte vermit-telt werden, um den heterogenen, di-gitalen Anforderungen im Handel gerecht zu werden (z.B. eCommerce-Lehre). Investitionen in die Ausbildung der Handelsangestellten sind eine In-vestition in die Zukunft des Standortes Österreich und das beste Mittel für eine hohe Beschäftigungsquote. Eine höhere Durchlässigkeit im Bildungssys-tem - zwischen Lehre, Matura und Stu-dium - ist hierfür ebenso entscheidend wie eine stärkere Förderung von Inno-vation und Digitalisierung in der Ausbil-dung und einem durchlässigeren Zugang zu Masterstudien.

Der Hintergrund? Österreich braucht dringend gut ausgebildete Fachkräfte und Talente in der Digitalisierung. Die Pandemie hat eindringlich gezeigt, wie wichtig sowohl die Lehre als auch die Vermittlung digitaler Fertigkeiten für eine erfolgreiche Zukunft sind. Der Fachkräftemangel wird uns auch 2024 begleiten, umso entscheidender sind betriebsnahe Qualifizierungsmaßnah-men. Der Handel spielt hierbei als dritt-größter Lehrlingsausbilder des Landes eine zentrale Rolle.

Warum es eine Infrastruktur-offensive braucht?

- Weil infrastruktureitige State-of-the-Art-Technologien heute über die globale Wettbewerbsfähigkeit entscheiden!
- Weil fehlende Infrastruktur am Land zu Landflucht führt (Brain Drain)!
- Weil der Handel Vorreiter in der Digitalisierung & Automatisierung ist!

Warum eine Innovationskultur wichtig ist?

- Weil disruptive Technologien (AI, Blockchain, etc.) ganze Wirtschaftszweige revolutionieren!
- Weil neue Geschäftsmodelle und Startups ein Wachstumsmotor für die Wirtschaft sind!

INNOVATION HV-EMPFEHLUNGEN

33. **Digitalisierungsoffensive:** Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes insb. in strukturschwachen Regionen.
34. Insbesondere in strukturschwachen Regionen braucht es dringend regionale **Nahversorgungsoffensiven**, um Ortskerne wiederzubeleben.
35. Eine gezielte **Förderung von innovativen Leuchtturmprojekten** in disruptiven Technologien wie KI

oder Blockchain ist fundamental. In diesen Bereichen kann Österreich von globalen Entwicklungen profitieren, allerdings nur, wenn smart und sinnvoll reguliert wird.

36. Der Handel sollte künftig stärker in **Infrastruktur-Projektierungen** eingebunden werden, etwa bei der Schaffung von Begegnungszonen in Einkaufsstrassen.
37. Der **Zugang zu Beteiligungs- und Risikokapital** liegt in Österreich weit unter dem EU-Durchschnitt und muss dringend erhöht werden. Insb. junge Unternehmen und Startups brauchen einen erleichterten, unkomplizierten Zugang zu Kapital.
38. Es braucht einen **Beteiligungsfreibetrag für Investoren:** Private Investitionen in heimische Firmen sollten in Höhe von 100.000 Euro über fünf Jahre linear von der Steuerbemessungsgrundlage abgeschrieben werden können.
39. Rigide Vorschriften in der **Kreditvergabe** hemmen das volkswirtschaftliche Innovationspotenzial. Daher sollten für Venture-Capital-Geber und Business Angels gezielt Anreize geschaffen werden.
40. Wir brauchen eine **Erhöhung der Forschungsquote auf 3,75% des BIP** – unter stärkerem Einbezug des Handels bei der Vergabe von Fördermitteln.

VII. SICHERHEIT

”

Einzelne Händler sind oft die unbeteiligten Leidtragenden bei Demonstrationen. Daher ist der Schutz wichtiger Einkaufsstraßen sowie eine verbesserte Planbarkeit bei Demos für den heimischen Wirtschaftsstandort ebenso wichtig wie die Bekämpfung von Onlinebetrug und Cybercrime.



Norbert W. Scheele

Vizepräsident, Handelsverband
Head of European Expansion, C&A



Sicherheit im Handel

Ladendiebstähle verursachen im österreichischen Handel einen jährlichen Schaden von rund 500 Mio. Euro. Aber auch Raubüberfälle, Falschgeld, Bankomat-Sprengungen und Bandenkriminalität zählen zu den Sicherheitsrisiken im stationären Handel. 82% der österreichischen Händler mit physischen Geschäften haben bereits Erfahrung mit Kriminalität im stationären Handel gemacht, 40% sogar mehrfach.

2022 und 2023 ist die Zahl der Delikte im stationären Handel deutlich angestiegen. Vier Fünftel aller heimischen Geschäfte waren bereits von Kriminalität betroffen, bei manchen Händlern haben sich die Fallzahlen zuletzt verdreifacht. Die Liste der häufigsten Vergehen auf der Fläche wird angeführt vom klassischen Ladendiebstahl (89%), gefolgt von der Bezahlung mit Falschgeld (43%), organisierter Bettelei und Vandalismus im Shop (je 22%) sowie Bandenkriminalität (18%).



500
Mio. €

jährlicher Schaden
durch Ladendiebstähle
in Österreich



16
Mio. €

jährlicher Schaden
durch Cybercrime
in Österreich

Cybercrime wächst massiv

Neben Sicherheitsrisiken im stationären Handel sind im letzten Jahrzehnt zahlreiche neue Gefahren hinzugekommen, die mit dem Aufstieg des Onlinehandels einhergehen. Cybercrime und Bestellbetrug verzeichnen seit Jahren enorme Zuwachsraten. Je mehr Webshops, desto mehr damit verbundene Betrugsfälle. Gerade in Krisenzeiten steigen Cyberkriminalität und Online-Betrug massiv an. 2022 wurde in der Kriminalstatistik im Cybercrime-Bereich ein Höchstwert von 60.195 Anzeigen verzeichnet. Immerhin bleibt die Aufklärungsquote laut Bundeskriminalamt konstant hoch.

Neben der Unternehmensseite wurde für die HV-Sicherheitsstudie 2023 auch die Konsumentenperspektive beleuchtet. Das Ergebnis: Ein Drittel der heimischen Verbraucher:innen hat negative Erfahrungen mit Schadsoftware wie Viren oder Trojanern gemacht, ein Fünftel war von Datendiebstahl durch

Hacker-Angriffe und Phishing betroffen, weitere 18% waren Opfer von Betrug bei Online-Transaktionen und jede:r Zehnte hat Bekanntschaft mit digitaler Erpressung gemacht.

Gut gerüstet: Blackout-Vorsorge-Plan

Eine stabile Stromversorgung ist nicht selbstverständlich. Österreich zeichnet sich zwar durch eine überdurchschnittlich hohe Versorgungssicherheit aus, aber verschiedenste Einflüsse und neue Faktoren (Gaskrise, Cybercrime) erhöhen das Risiko eines plötzlichen, überregionalen und länger andauernden Strom-, Infrastruktur- und Versorgungsausfalls ("Blackout"). Umso wichtiger ist es, mögliche Blackout-Szenarien und Präventionsmaßnahmen durchzuspielen, sich gemeinsam vorzubereiten und eine einheitliche Vorgehensweise bei Flächenabschaltungen zu erarbeiten.

Die führenden Lebensmittelgroßhändler (LGH) des Landes haben unter dem Dach des überparteilichen Handelsverbandes und in Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium einen eigenen Blackout-Vorsorge-Plan entwickelt, um einen Beitrag für eine resiliente, krisenfeste Nahrungsmittelversorgung im Ernstfall leisten zu können. Das Ziel ist eine einheitliche Vorgehensweise – analog zum Lebensmitteleinzelhandel – im Falle eines möglichen Blackouts.

Denn eines ist klar: Je besser der österreichische Lebensmittelhandel auf ein Blackout vorbereitet ist, desto besser können auch die schwer vorhersehbaren Folgen einer potenziellen Versorgungskrise bewältigt werden. Der Blackout-Vorsorge-Plan wurde im Handelsverband-Ressort "Sicherheit im Handel" ausgearbeitet.

Umsatzeinbußen durch Demos und Straßensperren

Demonstrationen und Straßensperren in Hochfrequenzonen (z.B. Kärntner Straße, Mariahilfer Straße) sind nicht nur ein Sicherheitsrisiko für Teilnehmer:innen und Anrainer:innen, sondern auch geschäftsschädigend für den Handel. Allein die jährlichen Demos im Zentrum von Wien verringern den Jahresumsatz im stationären Einzelhandel um 2,6 Prozent, das entspricht 120 Arbeitsplätzen.

Die Demonstrationsfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung stehen selbstverständlich über kommerziellen Interessen. Allerdings haben auch die heimischen Handelsunternehmen ein berechtigtes Interesse an einer möglichst ungestörten Geschäftsausübung. In der Wiener Innenstadt wird dies immer schwieriger, da weitläufige Straßensperren bereits im Vorfeld und teils chaotische Zustände während der

Demos die Konsument:innen vertreiben. Neben den damit einhergehenden Umsatzeinbußen haben die betroffenen Händler immer wieder mit Sachbeschädigungen zu kämpfen. Daher braucht es eine konstruktive Lösung, um demokratische Grundwerte zu sichern, ohne den Handelsunternehmen daraus entstehende Kosten in unzumutbarer Höhe und über Jahre hinweg aufzubürden.

Warum der Handel mehr Sicherheit einfordert?

- Weil die Sicherung kritischer Infrastrukturen oberste Priorität hat!
- Weil die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen für Cyberattacken angreifbar macht!
- Weil Bandenkriminalität und Ladendiebstahl zunehmen!
- Weil sich die Sicherheitslage in den europäischen Ballungszentren und Frequenzlagen verändert hat!

MEHR SICHERHEIT: HV-EMPFEHLUNGEN

41. Jede neue Technologie vergrößert auch die Angriffsfläche für Cyberkriminelle. Unsere Handelsunter-

nehmen stehen statistisch betrachtet dreimal öfter im Visier von Cyberkriminellen als jede andere Branche. Daher ist seitens der Behörden ein verstärkter Fokus auf die **Bekämpfung von Cybercrime** erforderlich. Wir unterstützen auch den geplanten Ausbau des Bereichs Cybercrime bzw. Cyber Security in der österreichischen Polizei und die damit verbundene, deutliche personelle Aufstockung.

42. **Demonstrationen und Straßensperren** in Hochfrequenzonen sind massiv geschäftsschädigend für den Handel. Die Einrichtung geeigneter **Demozonen** würde Abhilfe schaffen. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine Verlängerung der Demo-Anmeldefrist von 48 auf 72 Stunden.
43. Das Problem der aggressiven, organisierten Bettelei kann nur durch **Präventionsmaßnahmen** bereits an der Wurzel gelöst werden, etwa durch entsprechende Einsätze in den Herkunftsländern wie Rumänien oder Bulgarien.
44. Wir unterstützen den Ausbau von internationalen Organisationen in Österreich und die **Stärkung der transatlantischen Beziehungen** sowie den **Ausbau strategischer Partnerschaften mit Schlüsselmärkten**.

VIII. EUROPA

”

Österreich liegt im Zentrum des größten Binnenmarktes der Welt und hat beste Voraussetzungen, in jeder Hinsicht Weltspitze zu sein. Nur durch mehr Mut, über den eigenen Tellerrand zu blicken, können wir dieses Potenzial heben.



Horst Leitner

Vizepräsident, Handelsverband
Generaldirektor, Hofer

Eine starke europäische Wertegemeinschaft

Die EU ist heute der größte gemeinsame Markt der Welt und kann damit Relevanz und Verbundeffekte verstärken. Gerade für den Handel sind die Vorteile eines geeinten Europas riesig. Mit dem weiteren Abbau von Hindernissen für den grenzüberschreitenden Handel können die Unternehmen das Potenzial der EU voll ausschöpfen.

Die 2024 abgehaltene Europawahl war eine der wichtigsten seit Bestehen der Europäischen Union, deshalb ist es auf jede einzelne Stimme angekommen. Wir entscheiden, ob wir die EU als Wertunion für Freiheit, Frieden sozialen Zusammenhalt und Rechtsstaatlichkeit bewahren und zukunftsorientiert ausgestalten wollen.

Ein europäischer (digitaler) Binnenmarkt für den Handel

Mit Leidenschaft für die Europäische Union zu werben, heißt nicht, kritiklos zu sein. Doch gerade in Zeiten des zunehmenden Protektionismus auf globaler Ebene braucht es einen starken europäischen (digitalen) Binnenmarkt, der nur durch einen fairen Interessenausgleich erreicht werden kann. Aus voller Überzeugung appellieren wir deshalb an alle Österreicher:innen, immer für ein starkes Europa einzutreten.

Für den Handel ist entscheidend, dass zwischen den einzelnen Unternehmen fairer Wettbewerb herrscht. Sichere, vorhersehbare Rahmenbedingungen in allen Mitgliedstaaten und klare Vorgaben sind zentrale Charakteristiken des europäischen Binnenmarktes. Nationale, abweichende, diskriminierende oder warenspezifische Vorschriften stehen im Widerspruch zu den Grundprinzipien des Binnenmarktes. Vor allem in einigen osteuropäischen Staaten kommt es immer wieder zu Fällen, in denen Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten durch nationale Gesetzgebung benachteiligt werden. Das lehnen wir entschieden ab!

Territoriale Lieferbeschränkungen

Das Kernstück für die Wettbewerbsfähigkeit der EU ist der Binnenmarkt, der aber noch nicht gelebt wird. Überfällig ist insbesondere ein gesetzliches Verbot von territorialen Lieferbeschränkungen in der gesamten Union, damit Händler in kleineren Ländern wie Österreich oder Belgien Waren nicht mehr zu weit überhöhten Kosten beschaffen müssen. Das würde die europäischen Konsument:innen pro Jahr um 14 Milliarden Euro entlasten.

Konkret handelt es sich dabei um diskriminierende Praktiken der globalen Lebensmittelindustrie, mit denen Konsument:innen in Österreich höhere Preise verrechnet werden als etwa in Deutschland. Die Bundeswettbewerbsbehörde hat dies in ihrem Endbericht

zur Branchenuntersuchung der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette vom November 2023 bereits kritisiert, der Handelsverband fordert seit Jahren ein Verbot dieser Diskriminierung.

Prioritäten der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2024 hat Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft von Belgien übernommen. Das Halbjahresprogramm beschreibt detailliert die Prioritäten und Leitlinien des ungarischen Vorsitzes. Was sind die zentralen Punkte aus Sicht des Handelsverbandes?

New European Competitiveness Deal

Eine Schlüsselrolle hat die Diskussion über einen neuen Deal zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit, den wir uns von der nächsten EU-Kommission erwarten. In vielen wirtschaftlichen und technologischen Bereichen hinkt die EU ihren globalen Konkurrenten nach. Dies lässt sich durch die hohe Inflation, Staatsverschuldung, gestiegene Energiepreise, Probleme mit internationalen Lieferketten und ein langsames Wirtschaftswachstum erklären. Um entgegenzusteuern, muss die europäische Produktivität auf ein neues Level gehoben werden. V.a. kleine und mittlere Unternehmen, die von der Lieferknappheit und der Energiekrise besonders betroffen sind, sollten Unterstützung erhalten und somit krisensicherer gemacht werden.

Forschung, Entwicklung und Innovation

Im Rahmen des "New European Competitiveness Deal" soll Europa wieder eine globale Schlüsselfigur in der Forschung und Entwicklung werden. In diesem Bereich soll versucht werden, Ungleichheiten in europäischen Regionen durch breite Investitionen zu verhindern. Im ungarischen Programm erwähnt wird auch die Raumfahrt, in der Kompetenzen aufgebaut werden sollen, die für Sicherheitsinteressen der Mitgliedsstaaten genutzt und Wettbewerbsfähigkeit dieser wachsenden Branche gewährleisten sollen.

Technische Harmonisierung

Stärken will die ungarische Präsidentschaft die europäische Wettbewerbsfähigkeit auch durch Verbesserungen in der technischen Harmonisierung. Hier soll der Verwaltungsaufwand verringert werden, wodurch es Unternehmen leichter fallen soll, am Markt in Sachen Qualitätssicherung mitzuhalten, um so die Lebensqualität der EU-Bürger:innen durch die Sicherstellung von Qualitätsstandards zu verbessern.

Warum ein starkes Europa sinnvoll ist?

- Weil die EU der größte gemeinsame Markt der Welt ist und damit Relevanz und Verbundeffekte (Digitaler Binnenmarkt) verstärkt werden können!

- Weil wir die Regulierungswut reduzieren und Verordnungen effizient aufeinander abstimmen müssen!
- Weil wir alle von einer starken europäischen Wertegemeinschaft profitieren!
- Weil der Ukraine-Krieg zeigt, wie wichtig eine handlungsfähige Europäische Union ist!

Warum es eine europäische KMU-Perspektive braucht?

- Weil wir eine Handelspolitik brauchen, in der auch Klein- und Mittelbetriebe überleben können!
- Weil der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten kontraproduktiv ist!

MEHR EUROPA: HV-EMPFEHLUNGEN

45. **Verbraucherschutz** ist wichtig und sollte durchaus ausgebaut werden, jedoch nicht in einer praxisfernen und schwer geschäftsschädigenden Form auf Kosten des Handels. Dadurch würde der Mittelstand vom Markt gedrängt und sich die Angebotsvielfalt für Konsument:innen deutlich reduzieren.

46. Wir fordern die **Einführung der "one-in-two-out-Regel"** auf europäischer Ebene, damit neue Belastungen nur dann eingeführt werden können, wenn eine Kompensation durch den Abbau bereits bestehender Belastungen erfolgt.

47. Wir sollten uns zwischenstaatliche Verbundeffekte zu Nutze machen, indem wir in Europa **Fokusregionen** bilden – je nach Betroffenheit und Kompetenz. Nicht jedes Land muss an allem forschen.

48. Für einen funktionierenden EU-Binnenmarkt müssen statt 27 unterschiedlichen Regelungen zuerst KMU-feindliche und damit wettbewerbsverzerrende Bedingungen angeglichen werden, ein **einheitliches Mehrwertsteuersystem** eingeführt, die Vertragsregeln und Verbraucherrechte harmonisiert und ein **durchgängiger Paketstellungsmarkt** etabliert werden.

49. Wir fordern ein gesetzliches **Verbot von territorialen Lieferbeschränkungen** in der EU, damit Händler in kleineren Ländern wie Österreich Waren nicht mehr zu weit überhöhten Kosten beschaffen müssen.

50. **Österreichische und europäische Wirtschaftsinteressen** sollen künftig stärker in den Vordergrund gestellt werden, damit die EU ein **globaler Player** bleibt.

Mission Statement | Der Handelsverband

Der Handelsverband ist die freie, unabhängige und überparteiliche Interessenvertretung des österreichischen Handels. Als Sprecher der österreichischen Händler fungiert er als Speerspitze jener Branche, die unverzichtbarer Motor unserer Volkswirtschaft ist. Der Handel ist mit mehr als 700.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Landes, Garant lebendiger Ortskerne und Schrittmacher für pulsierende Innenstädte.

Der Handel hat schon immer eine transformative Rolle gespielt und prägte die Gesellschaft, in der wir heute leben. Von den ersten prähistorischen Tauschgeschäften, über Bernstein- und Seidenstraße, die Formierung der Kaufmannsgilden, bis hin zum modernen globalen Handel fungierte er als Brücke zwischen Nationen und Kulturen. Handel transportiert nicht nur Waren, sondern auch Ideen, bringt nicht nur Konsumgüter zueinander, sondern auch Menschen. Der internationale Handel schuf die Motivation, Seewege nach Indien und China zu finden, hat zu Münzwesen und doppelter Buchhaltung geführt – bis hin zur Einführung modernster Technologien wie Onlinehandel oder Automatisierung. Über all die Jahrhunderte ist eines stets fixe Konstante geblieben: Der Handel sichert die Nahversorgung der Bevölkerung und bietet regionale und international gehandelte Qualitätsprodukte für alle an.

Unsere Mission ist klar: Die Versorgung durch den heimischen Handel muss in allen Regionen gesichert bleiben, daher setzen wir uns für Rahmenbedingungen ein, die das ermöglichen. Nur so ist eine lebenswerte Gesellschaft und eine ökosoziale Marktwirtschaft garantiert. Denn dort wo Handel ist, ist Leben. In enger Abstimmung mit den Topmanager:innen der Branche setzen wir uns leidenschaftliche dafür ein, die Branche durch Krisen zu leiten und in die Zukunft mit Innovationen zu begleiten. Wir lieben, was wir tun, weil wir verstehen, dass der Handel mehr ist als nur ein Wirtschaftszweig – er ist der Puls unseres Lebens, der Motor, der unseren Fortschritt antreibt und Spiegel unseres zwischenmenschlichen Austausches. Der Handelsverband agiert als Partner, Vermittler und Mediator zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten, zwischen Handel, Wissenschaft und Politik.

Willkommen in unserer bewegenden Branche, die seit Jahrhunderten die Verbindung von Menschen und Kulturen geprägt hat!

Im Namen aller 4.500 HV-Mitglieder





Österreichischer Handelsverband

Alser Straße 45, 1080 Wien

T +43 1 406 22 36 | office@handelsverband.at | www.handelsverband.at

FÜR EINEN STARKEN HANDEL